



FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG Für die Freiheit.

# Politik International

Südost- und Ostasien

## Chinas Machtstreben

im Ostchinesischen Meer

Anna Marti  
Frederic Spohr  
Jan-Hendrik Kiefer



---

## Zusammenfassung

Medien berichten regelmäßig über Chinas Territorialansprüche im Südchinesischen Meer. Doch auch etwas weiter nördlich, im Ostchinesischen Meer, gibt es Konflikte. Zum einen scheint eine chinesische Invasion Taiwans möglich. Zum anderen beansprucht die Volksrepublik die seit mehr als 100 Jahren von Japan kontrollierten Senkaku-Inseln.

Das Ostchinesische Meer ist eine der wirtschaftlich bedeutendsten Regionen der Welt - auch für Deutschland und die Europäische Union. Mit Shanghai und Busan befinden sich zwei der zehn weltgrößten Container-Häfen in dem Gebiet. Durch das angrenzende Südchinesische Meer werden etwa 20 Prozent des Güterwelthandels transportiert - ein Großteil davon geht dabei auch durch das Ostchinesische Meer. Ein Konflikt in diesem Gebiet würde die globalisierten Lieferketten und damit die weltweite Wirtschaft empfindlich stören.

Ähnlich wie im Südchinesischen Meer gibt es eine Reihe von Konflikten zwischen den Anrainern des Ostchinesischen Meers. Sie haben das Potenzial, sich auszuweiten und der Weltwirtschaft zu schaden. Chinesische Drohgebärden gegenüber Taiwan und Japan destabilisieren die Region und erhöhen Kriegsgefahr. China akzeptiert den Status quo nicht und lehnt eine regelbasierte Weltordnung ab.

Das Ostchinesische Meer ist ein eher flaches Gewässer - die Tiefsee beginnt östlich von Japan und Taiwan. Die Inseln Japans sowie Taiwan begrenzen somit das Ostchinesische Meer. Sie gehören zum Pazifischen Archipel, der auch als "First Island Chain" bezeichnet. Die Inselkette vor China ist strategisch relevant. Sie kann eine Verteidigungslinie sein. Taiwan liegt ungefähr in der Mitte dieser Kette und ist damit von besonderer strategischer Bedeutung. Peking betrachtet Taiwan als eine abtrünnige Provinz, die in den eigenen Staat eingegliedert werden soll – notfalls mit Gewalt. Taipei sieht sich dagegen heute als de-facto unabhängig an.

Anna Marti, Frederic Spohr und Jan-Hendrik Kiefer haben eine regionale Politikanalyse verfasst, welche die Hintergründe der Konflikte im Ostchinesischen Meer erläutert und aktuelle Entwicklungen beschreibt. Zudem werden Vorschläge gemacht, welche Strategien Deutschland und die Europäischen Union in der Region verfolgen sollte.

Europa und Deutschland müssen unabhängiger von China werden. Durch Diversifizierung von Absatzmärkten und Lieferketten muss sichergestellt werden, dass Deutschland im Falle eines Krieges im Ostchinesischen Meer wichtige Rohstoffe und Vorprodukte aus anderen Weltgegenden beziehen könnte.

---

<b>1. Einführung</b> .....	2
<b>2. Hintergrund</b> .....	2
China und Deutschland .....	4
<b>3. Der Konflikt um die Senkaku/Diaoyu-Inseln</b> .....	5
China erhöht den Druck .....	6
<b>4. Der Konflikt um Taiwan - oder die heilige Pflicht der "Wieder"Vereinigung</b> .....	8
Wo liegt China und wer beherrscht es? .....	8
Was ist das Problem mit Taiwan? .....	9
Taiwan – der gefährlichste Ort der Welt ? .....	10
<b>5. Empfehlungen für Deutschland und EU</b> .....	12
Über die Autoren .....	13
Über die Region .....	14
Impressum .....	14

### 1. Einführung

Das Ostchinesische Meer ist eine der wirtschaftlich bedeutendsten Regionen der Welt - auch für Deutschland und die Europäische Union. In der Region haben die politischen Spannungen in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die Medien und weite Teile der Wissenschaft konzentrieren sich auf eine mögliche chinesische Invasion Taiwans. Aber auch auf die seit über 100 Jahren von Japan kontrollierten Senkaku-Inseln übt die Volksrepublik verstärkt Druck aus.

Die chinesischen Drohgebärden gegenüber Taiwan und Japan destabilisieren die Region und erhöhen die Kriegsgefahr. Sie zeigen, dass China den Status quo und eine regelbasierte Weltordnung nicht akzeptiert.

Dieses Policy Paper erläutert die Hintergründe der Konflikte im Ostchinesische Meer und beschreibt aktuelle Entwicklungen. Zudem zeigt es Vorschläge auf, welche Strategien Deutschland und die Europäischen Union in der Region verfolgen sollte.

### 2. Hintergrund

Das Ostchinesische Meer umfasst das Gebiet zwischen China, der koreanischen Halbinsel, Japan und Taiwan. Ähnlich wie im Südchinesischen Meer gibt es eine Reihe von Konflikten zwischen den Anrainern, die das Potenzial haben, sich auszuweiten und die Weltwirtschaft zu destabilisieren.

Das Ostchinesische Meer ist ein eher flaches Gewässer - die Tiefsee beginnt hinter Japan und Taiwan. Die Inseln Japans, einschließlich Okinawa, und Taiwan begrenzen somit das Ostchinesische Meer. Sie gehören zum Pazifischen Archipel, der auch als "First Island Chain" bezeichnet wird und sowohl für die USA als auch für China strategisch relevant ist. Sie kann je nach Situation eine Verteidigungslinie oder auch eine Beschränkung für eigene Expansion und militärische Machtprojektion sein. Taiwan liegt ungefähr in der Mitte dieser Kette und ist damit von besonderer strategischer Bedeutung.

Abbildung 1 Karte Ostchinesisches Meer



Quelle: „East China Sea Fixed“ von Map-fan; Karte erstellt aus dem DEMIS Mapserver. CC BY-SA 3.0

## Chinas Machtstreben im Ostchinesischen Meer

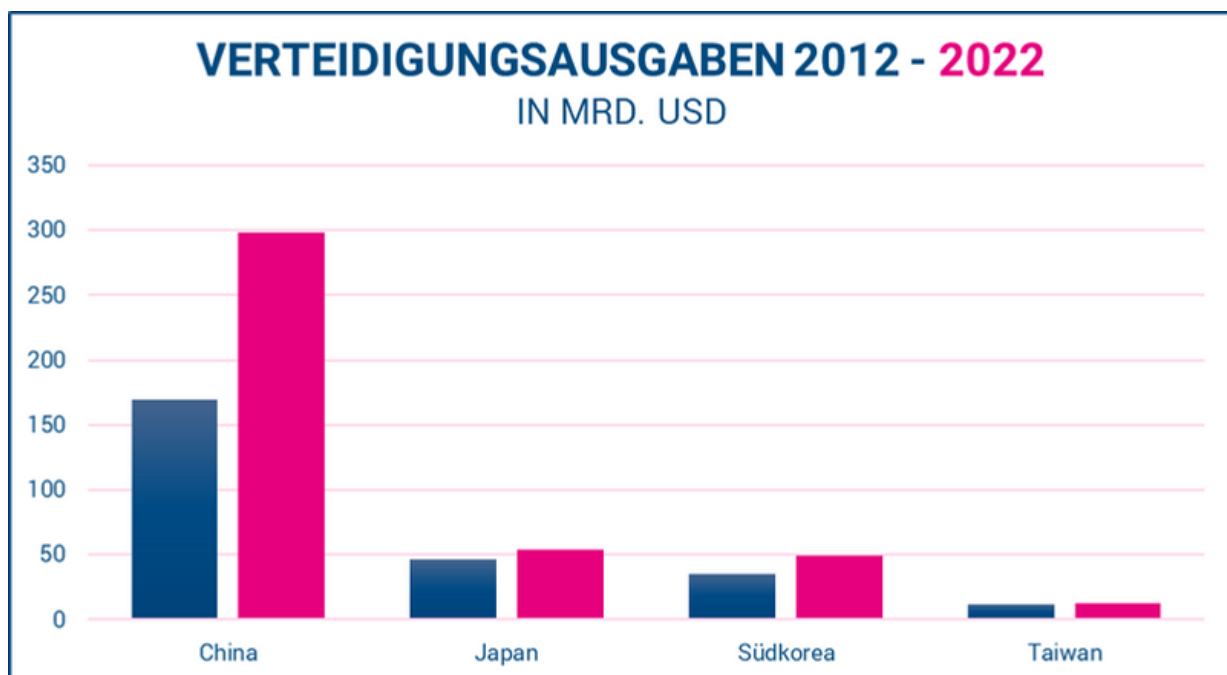
Darüber hinaus ist das Ostchinesische Meer eine der wirtschaftlich wichtigsten Regionen der Welt. Mit Shanghai und Busan befinden sich zwei der zehn weltgrößten Container-Häfen in dem Gebiet. Durch das angrenzende Südchinesische Meer werden schätzungsweise rund 20 Prozent des gesamten Güterwelthandels transportiert - ein Großteil davon geht dabei auch durch das Ostchinesische Meer. Ein Konflikt in diesem Gebiet würde die globalisierten Lieferketten und damit die weltweite Wirtschaft empfindlich stören.

Außerdem werden im Ostchinesischen Meer Öl- und Gasvorkommen vermutet, an denen alle Anrainerstaaten Interesse haben. Es schwelt daher ein Streit über den Verlauf der Ausschließliche Wirtschaftszone der Beteiligten und die Ausbeutungsrechte der gefundenen Vorkommen.

Spätestens seit dem Ukraine-Krieg zeichnet sich eine Blockbildung im Ostchinesischen Meer ab. Auf der einen Seite haben die USA, Japan und Südkorea ihre Kooperation intensiviert. Möglich wurde dies unter anderem durch einen Politikwechsel in Südkorea: Der südkoreanische Präsident Yoon Suk-Yeol versucht trotz heftigen innenpolitischen Widerstands, die historische Animosität mit Japan zu überwinden. Von japanischer Seite wird die Annäherung begrüßt. Sie führte zu einem historischen, trilateralen Gipfel zwischen Japan, Südkorea und den Vereinigten Staaten in Camp David. China bezeichnete die Annäherung der drei Demokratien als Mini-Nato.

Japan und Südkorea sehen Chinas Machtstreben mit Sorge. In Japans aktueller Sicherheitsstrategie heißt es, China sei die „aktuell größte strategische Herausforderung“. Ministerpräsident Kishida will das Verteidigungsbudget bis 2027 verdoppeln. Das Land plant insbesondere, seine Fähigkeiten zu Gegenschlägen zu erhöhen - was eine neue Strategie des eigentlich pazifistischen Landes darstellt.

**Grafik 1 Verteidigungsausgaben 2012 - 2022**



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) unter <https://www.sipri.org/databases/milex>

Südkorea nennt China zwar nicht direkt Herausforderer. Jedoch sieht Südkoreas neu verabschiedete Sicherheitsstrategie die geostrategische Rivalität zwischen den USA und China als den prägenden Faktor der aktuellen sicherheitspolitischen Lage. Präsident Yoon lässt in seinen Äußerungen keinen Zweifel daran, dass Südkorea auf der Seite der Amerikaner steht. Im April provozierte er die Chinesen mit der Aussage, die Internationale Gemeinschaft müsse sich dafür einsetzen, dass der aktuelle Status quo nicht verändert wird – damit meinte er wohl die defacto Unabhängigkeit Taiwans von China. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit China scheut Südkorea jedoch vor zu harter Kritik gegenüber der Volksrepublik zurück.

Auf der anderen Seite bildet sich zunehmend ein Block aus China, Russland und Nordkorea. Xi Jinping und Vladimir Putin haben sich 2022 am Rande der Olympischen Spiele in Peking der „grenzenlosen Freundschaft“ beider Länder versichert. Russland findet sich zähneknirschend mit der Rolle des Juniorpartners ab, da es die chinesische Unterstützung im Krieg gegen die Ukraine braucht. Nordkorea kommt als Waffenlieferant für Russland ins Spiel, und steht der Volksrepublik und Russland seit dem Koreakrieg nahe.

Es gibt im Ostchinesischen Meer aktuell zwei Konfliktherde, die die Bandbreite der Probleme in dieser Region gut illustrieren: den Konflikt um die Senkaku/Diaoyu- Inseln sowie der Konflikt in der Taiwanstraße.

### China und Deutschland

Die Bundesregierung bezeichnet China in ihrer China-Strategie als „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“. Sie hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, wirtschaftlich unabhängiger von China zu werden. In einigen Bereichen ist Deutschland allerdings weiterhin auf China angewiesen. Das zeigt eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Seltene Erden wie Scandium oder Antimon, die beispielsweise für die Batterieproduktion und Oberflächenbeschichtung nötig sind, bezieht Deutschland zu 85 Prozent und mehr aus China. Bei einigen Medizinprodukten, wie beispielsweise Schmerzmitteln, ist die Abhängigkeit noch höher.

Zudem ist China als Absatzmarkt weiterhin extrem wichtig für Deutschland und die EU. Der Anteil der Arbeitsplätze in der EU und Deutschland, die von Exporten nach China abhängig sind, hat sich laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln bis vor der Pandemie immer weiter erhöht: Mehr als eine Million Arbeitsplätze hängen vom Handel mit der Volksrepublik ab. Chinas Wirtschaft ist dagegen unabhängiger von Exporten nach Deutschland geworden. China plant zudem, die eigene Wirtschaft noch stärker als bisher von den globalen Märkten zu entkoppeln. Ausländische Investitionen sind nur noch in den Bereichen willkommen, in denen China Nachholbedarf sieht.

### 3. Der Konflikt um die Senkaku/ Diaoyu-Inseln

Seit rund einem Jahrzehnt spitzt sich der Konflikt um die Senkaku-Inseln zu. Mittlerweile kommt es wöchentlich es zu kleineren Zwischenfällen und dem Eindringen chinesischer Schiffe in von Japan kontrollierte Gewässer.

Die Inseln liegen an der Scheidelinie zwischen der Ausschließlichen Wirtschaftszonen Chinas und Japans (Exclusive Economic Zones). Sie befinden sich etwa 170 Kilometer nordöstlich von Taiwan und etwa 170 Kilometer nordwestlich von der Ishigaki-Insel, die zur japanischen Präfektur Okinawa gehört. Vom chinesischen Festland sind die Inseln rund 300 Kilometer entfernt. China und Taiwan bezeichnen die Inseln als Diaoyu-Inseln. Die Inseln umfassen eine Gesamtfläche von 6,3 Quadratkilometern und bestehen aus fünf vulkanischen Inseln sowie drei unfruchtbaren Felsen. Die Inseln sind unbewohnt und militärisch nicht befestigt. Es findet auch kein Tourismus auf der Inseln statt.

Abbildung 2 Position der Senkaku-Inseln



Quelle: „Senkaku Diaoyu Tiaoyu Islands“ von Jackopoid CC BY-SA 3.0

Die Senkaku-Inseln werden von Japan kontrolliert. Sowohl Taiwan als auch die Volksrepublik China erheben jedoch ebenfalls Anspruch auf die Inseln. Für Japan gehört die Insel historisch als auch völkerrechtlich unbestreitbar zum eigenen Territorium. Gespräche über die territoriale Souveränität der Senkaku-Inseln lehnt Japan ab.

Das Gebiet rund um die Inseln ist von großem wirtschaftlichen Interesse. Die UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten vermutet dort seit 1969 ein großes Ölvorkommen. Zudem gilt das Gewässer rund um die Inseln als äußerst fischreich: Schätzungsweise zehn Prozent des seit 1950 weltweit gefangenen Fisches wurden aus dem Ostchinesischen Meer geholt.

Die Inseln haben außerdem eine wichtige strategische Bedeutung. Sie sind Teil der sogenannten First Island Chain und liegen an den wichtigsten Seeverbindungen im Ostchinesischen Meer. Würde ein Staat die Inseln militärisch ausbauen, hätte er damit eine weitgehende Kontrolle des Seeweges zu vielen wichtigen Häfen Ostasiens.

China und Taiwan leiten ihre Ansprüche historisch ab: In altem Kartenmaterial und Quellen aus der Ming (1368-1644) und der Qing Dynastie (1644-1912) werden die Inseln erwähnt, und auch, dass sie von chinesischen Seefahrern als Navigationsposten genutzt wurden. Japan beruft sich hingegen darauf, dass es die Inselgruppe 1885 offiziell in seine Präfektur Okinawa eingegliedert habe. Eine zuvor einhergehende Vermessung und Untersuchung habe ergeben, dass die Inseln als terra nullius zu bezeichnen sind, also weder bewohnt noch von einem Staat kontrolliert werden. China hätte dies über Jahrzehnte akzeptiert und die Inseln zunächst auch als japanisches Gebiet anerkannt. Tatsächlich entwickelte China erst Anfang der 70er-Jahre Interesse an dem Gebiet – kurz nachdem dort Öl- und Gasvorkommen vermutet wurden. Im Anschluss schickte China immer wieder Fischerboote in das Gewässer.

China begann außerdem damit, Gasplattformen nahe dem umstrittenen Territorium zu errichten. Diese befinden sich zwar nicht auf dem von Japan beanspruchten Gebiet. Allerdings wirft Japan den Chinesen vor, mit den Plattformen Gasreserven auf japanischem Gebiet anzuzapfen. Versuche, sich auf eine gemeinsame Gasförderung zu einigen, scheiterten.

### China erhöht den Druck

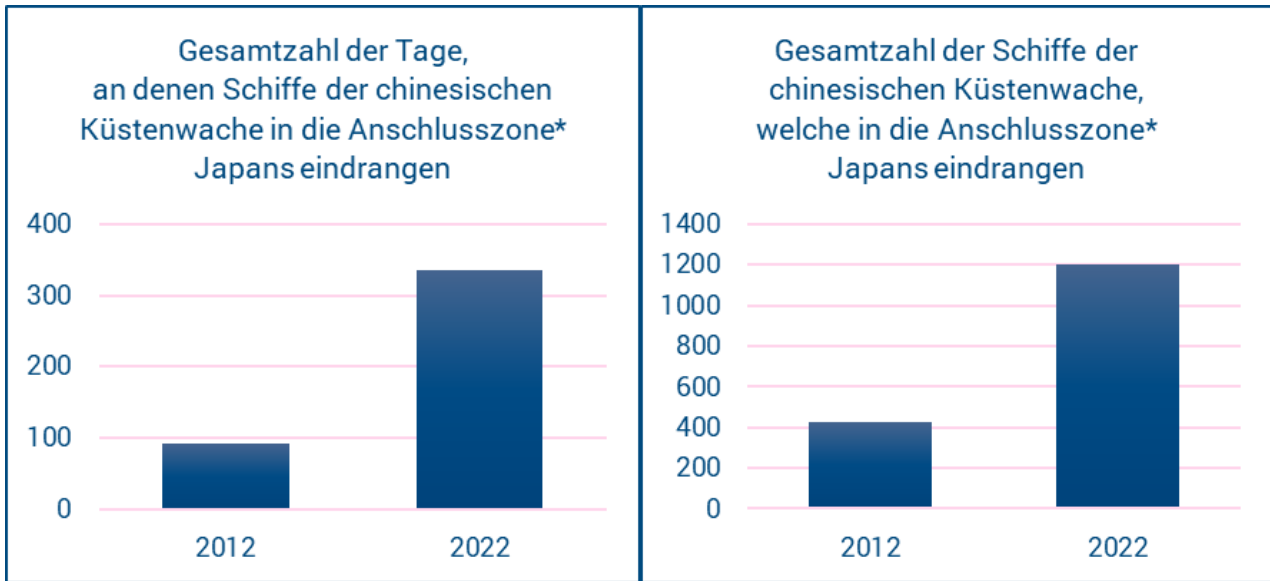
Der Streit zwischen Japan und China eskaliert nun seit etwa zehn Jahren. 2012 kaufte die japanische Regierung die Inseln dem japanischen Immobilien-Geschäftsmann Hiroyuki Kurihara für umgerechnet 25,5 Millionen US-Dollar ab. Die Transaktion führte zu heftigen Protesten in China. Im Anschluss verhängte die Volksrepublik im November 2013 eine „Air Defense Identification Zone“ (ADIZ) über dem Ostchinesischen Meer, welche den Luftraum der Senkaku-Inseln einschließt.

Der Konflikt spitzt sich etappenweise zu. China hat seine Präsenz in der Region kontinuierlich verstärkt. Laut der japanischen Regierung schickte China seit 2012 mehr als 1000 Mal Schiffe in das von Japan beanspruchte Gewässer. Dabei handelte es sich um Fischerboote und um Schiffe der chinesischen Küstenwache. Die Verweildauer der Schiffe erhöht sich. Schiffe halten sich manchmal mehr als 60 Stunden in dem Gebiet auf. Zudem kommt es auch im Luftraum immer wieder zu chinesischen Provokationen.

Laut der japanischen Regierung schickte China seit Jahresbeginn 30 Schiffe seiner Küstenwache in das umstrittene Gebiet. Die Schiffe sind teilweise mit Maschinenkanonen bewaffnet. Zuletzt hätten am 24. September zwei chinesische Schiffe ein japanisches Fischerboot verfolgt. Im Juli setzte China laut der japanischen Regierung außerdem eine Seeüberwachungsboje aus, die etwa 500 Meter in japanischen Gewässer liegt. Japan verlangt von China die Entfernung der Boje. Peking weigert sich.



**Grafik 2 Zahlen zum Eindringen Chinesischer Schiffe in die Anschlusszone Japans**



\*Gebiet zwischen den Hoheitsgewässern und der Ausschließlichen Wirtschaftszone  
 Quelle: DEFENSE of JAPAN 2023, veröffentlicht vom Verteidigungsministerium Japans, Seite 2.

China bezeichnet das Eindringen in das von Japan beanspruchte Gebiet in der Regel als Patrouillenfahrt zur Sicherung der eigenen Rechte. Die Volksrepublik verfolgt damit eine Zermürbungstaktik. Die Präsenz chinesischer Schiffe und Flugzeuge soll als normal angesehen werden. Die japanischen Sicherheitskräfte stehen aufgrund der chinesischen Provokationen unter Dauerbelastung. „China hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich versucht, den Status Quo gewaltsam unilateral zu verhindern“, heißt es in dem aktuellen Weißbuch der japanischen Streitkräfte.

Japan hat bisher davon abgesehen, die Senkaku Inseln militärisch zu befestigen. Bisher unterhält das Land nur einen Leuchtturm auf der Insel. Allerdings hat Japans Marine in den vergangenen fünf Jahren in der Nähe der Inseln drei Stützpunkte errichtet. Zudem plant Japan, seine Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen.

Die USA bekräftigt in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie, dass sie im Falle eines Angriffs auf Japans Territorium ihrem Partner zur Seite stehen und im Falle eines militärischen Angriffs auf Japan auch die Senkaku-Inseln mitverteidigen. Fraglich ist jedoch, wie sich die USA im Falle einer chinesischen Landung auf den Inseln tatsächlich verhalten würden. In diesem Fall stünden die Vereinigten Staaten vor einem großen Dilemma. Sollten sie der Landung tatenlos zusehen, würden sie Chinas Unterwanderung der internationalen Ordnung tolerieren. Andererseits scheint eine militärische Auseinandersetzung mit der Atommacht China wegen einer unbewohnten Inselkette kaum vertretbar.

Die EU ist bezüglich der Zugehörigkeit der Senkaku-Inseln prinzipiell neutral. Allerdings kritisierte sie die Ausrufung von Chinas „Air Defence Identification Zone“ sowie die regelmäßigen die chinesischen Provokationen rund um die Inselkette. „Wir sind nach wie vor ernsthaft besorgt über die Lage im Ostchinesischen Meer, einschließlich der Gewässer um die Senkaku-Inseln“, heißt es in dem gemeinsamen Statement der EU-Kommission und Japan in diesem Jahr. Eine ähnlich lautende Formulierung wurde im vergangenen Jahr von China als Einmischung in innere Angelegenheiten scharf kritisiert.

Angesichts der Verhärtung der Fronten scheint eine diplomatische Lösung des Konflikts in weiter Ferne. Stattdessen ist eine weitere Eskalation bis hin zu einem militärischen Konflikt nicht auszuschließen. Unbeabsichtigte Zwischenfälle und Fehleinschätzungen aufgrund chinesischer Provokationen gefährden die Stabilität der Region und die wirtschaftlichen Interessen der EU und Deutschlands.

Japan einigte sich zumindest teilweise mit Taiwan. Die Verhandlungen dauerten mehr als 25 Jahre. In dieser Zeit kam es immer wieder zu Zwischenfällen, beispielsweise beschoss die japanische Küstenwache taiwanische Aktivisten in den Gewässern mit einer Wasserkanone. 2013 unterschrieben beide Parteien schließlich ein Abkommen, das beiden Seiten die Fischereirechte in den nahen Gewässern rund um die Inselgruppe zugesteht. China kritisierte die Einigung scharf. Seit dem Abkommen kam es zu keinen nennenswerten Auseinandersetzungen mehr zwischen Taiwan und Japan.

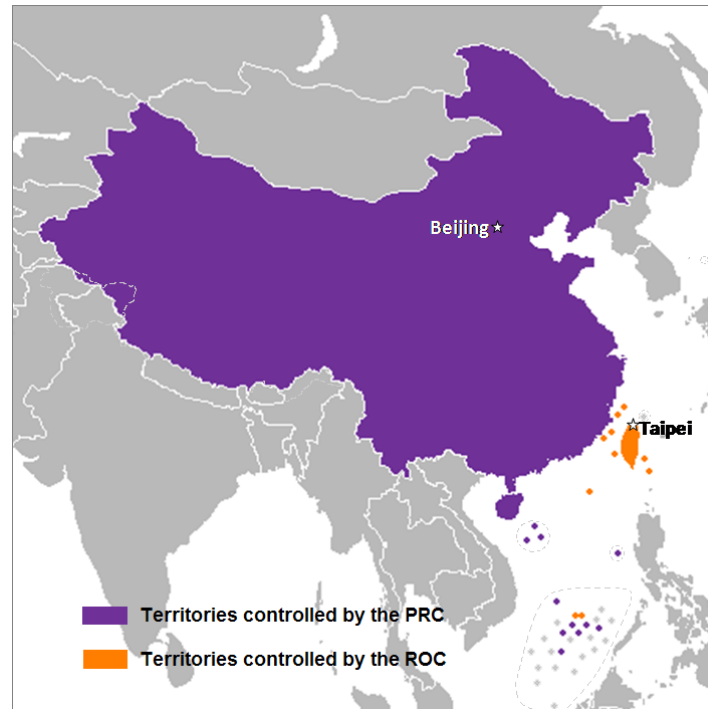
#### 4. Der Konflikt um Taiwan - oder die heilige Pflicht der „Wieder“ Vereinigung

„Es ist das gemeinsame Bestreben und die heilige Verantwortung aller chinesischen Söhne und Töchter, die vollständige Wiedervereinigung des Mutterlandes zu verwirklichen.“ Das schreibt das chinesische Außenministerium in einem Statement zum Taiwan-Konflikt. „Wir haben es nicht nötig, uns zu einem unabhängigen Staat zu erklären. Wir sind bereits ein unabhängiges Land,“ sagt die taiwanische Präsidentin Tsai Ing-wen 2020 in einem Fernsehinterview zum gleichen Thema. Offiziell heißt Taiwan „Republik China auf Taiwan“. Der Name verrät bereits die Wurzeln des Konfliktes mit der Volksrepublik. Denn diese betrachtet Taiwan als eine abtrünnige Provinz, die in den eigenen Staat eingegliedert werden soll. Taipeh sieht sich heute als de-facto unabhängig an und erhob seinerseits lange Zeit zudem Anspruch auf das Festland – eine verworrene Ausgangslage. Um diese zu verstehen, ist ein kurzer Blick in die Geschichte notwendig.

#### Wo liegt China und wer beherrscht es?

China war bis 1912 ein Kaiserreich. Nach der erfolgreichen Xinhai-Revolution dankte der Kaiser ab und das Kaiserreich China wurde zum 1. Januar 1912 zur Republik China. Die wichtigste Partei in der chinesischen Republik war die Nationalistische Partei Kuomintang KMT. Die Republik hatte von

Abbildung 3 Karte Chinas



Quelle: „China Map“ von Nat, CC BY-SA 3.0

Anfang an mit großen internen Schwierigkeiten und sich bekriegenden Fraktionen zu kämpfen – der Präsident der Republik Yuan Shikai 袁世凱 ließ sich sogar kurzzeitig zum Kaiser krönen. Nominell bestand die Republik weiter, de facto zerfiel sie jedoch in die Herrschaftsgebiete verschiedener Warlords. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Kommunistischen Partei Chinas KPCh im Jahr 1921. Mit starker Unterstützung der Sowjetunion entwickelte sich die KPCh ab 1924 zu einer ernstzunehmenden Kraft in der Republik. KMT und KPCh kämpften kurze Zeit gemeinsam gegen die Warlords, doch ab 1927 bekämpften sich die beiden Parteien in einem erbitterten Bürgerkrieg, der schließlich mit dem Sieg der KPCh und der Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao Zedong 毛澤東 am 1. Oktober 1949 endete. Der Führer der KMT, Chiang Kai-shek 蔣介石, floh nach Taiwan. Dahin hatten sich bereits Teile seiner versprengten Armee sowie Bürgerkriegsflüchtlinge geflüchtet. Damit standen sich zwei Persönlichkeiten gegenüber, die beide Anspruch auf China in den Grenzen des Kaiserreichs erhoben und sich als einzig legitime Vertreter „Chinas“ betrachteten: Mao Zedong und Chiang Kai-shek. Chiang war international zunächst im Vorteil: Seine Republik China war Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, wurde von den meisten Staaten der Welt als „China“ anerkannt und erhielt auch militärische Unterstützungszusagen von den USA, die auf Taiwan einen Militärstützpunkt errichtet hatten. Das änderte sich in den 1970er Jahren. Die Vereinten Nationen erkannten 1971 mit der Resolution 2758 Mao Zedongs Volksrepublik als Vertreterin Chinas an. Außerdem beschlossen sie, „die Vertreter von Chiang unverzüglich von dem Platz zu verweisen, den sie unrechtmäßig in den Vereinten Nationen und in allen mit ihnen verbundenen Organisationen einnehmen“. 1979 beendeten die USA ihre diplomatischen Beziehungen mit der Republik China auf Taiwan und nahmen stattdessen Beziehungen mit der Volksrepublik auf. Im Rahmen der Ein-China-Doktrin, die ursprünglich sowohl von Peking als auch von Taipei ausgegeben wurde, ist es nicht möglich, sowohl mit der Republik als auch mit der Volksrepublik diplomatische Beziehungen zu haben. Heute wird Taipei nur von 13 Staaten diplomatisch anerkannt – in Europa einzig vom Vatikanstaat.

### Was ist das Problem mit Taiwan?

Peking erhebt aus mehreren Gründen Anspruch auf Taiwan: Zum einen sieht es sich als Rechtsnachfolger des Kaiserreichs. Dieses hatte Taiwan zwar als Provinz aufgeführt, aber de facto nicht kontrolliert. Zum anderen bedient sich China eines ethno-nationalistischen Narrativs: Die Mehrheit der Taiwanerinnen und Taiwaner seien Chinesen und damit ohnehin Teil des chinesischen Mutterlandes.

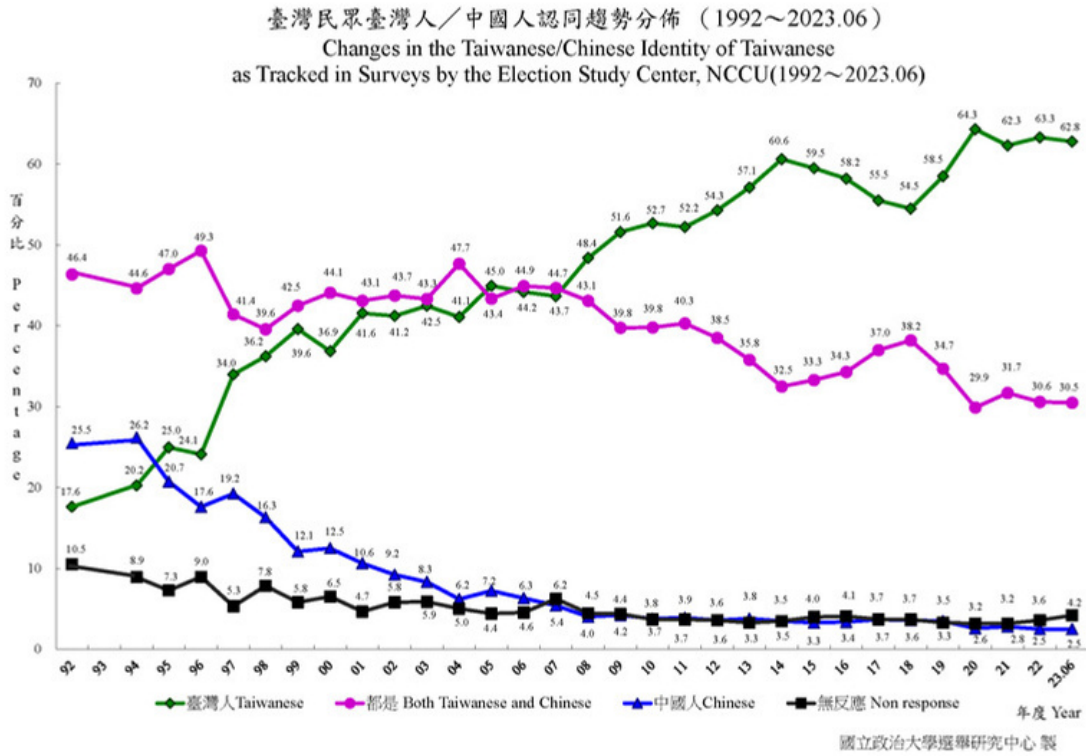
Aber auch aus propagandistischen Gründen soll Taiwan in die Volksrepublik integriert werden. Xi Jinpings erklärtes Ziel ist die „Erneuerung Chinas“ - China soll seinen rechtmäßigen Platz als Supermacht einnehmen. Ein wichtiger Teil davon ist für die KP, dass endlich die territoriale Einheit wiederhergestellt wird. Hongkong und Macau wurden erfolgreich wieder in die Volksrepublik eingegliedert, nur Taiwan fehlt noch. Auch in der zunehmenden Rivalität mit den USA spielt Taiwan für China eine große Rolle. Taiwan liegt etwa in der Mitte der „First Island Chain“, einer Inselkette, die das flache Ostchinesische Meer von der Tiefsee trennt. Im Konfliktfall, so die Befürchtung, könnten sich beispielsweise amerikanische U-Boote aus der Tiefsee unentdeckt nähern und China aus dem Hinterhalt angreifen. Taiwan wird wegen seiner Lage auch als ein strategisch idealer „unsinkbarer Flugzeugträger“ bezeichnet. Die Amerikaner liefern Taiwan zunehmend mit modernen Waffen. Taipei teilt sicherlich Geheimdienstinformationen mit Washington.

Die Amerikaner verfolgten seit Jahren eine Politik der strategischen Ambiguität. Washington hatte sich bewusst nie klar dazu geäußert, ob es Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs beistehen würde. Heute gibt es eine Tendenz weg von dieser Ambiguität: Präsident Biden hat mehrfach bestätigt, dass man Taiwan im Falle eines Angriffs verteidigen würde. Dies ist ein klares Signal, auch wenn seine Administration sich jedes Mal beeilte, diese Aussage wieder zu relativieren.

Taiwan war keine terra nullius. Die Insel wurde von verschiedenen indigenen Bevölkerungsgruppen bewohnt, die zum austronesischen Kulturkreis gehören. Erst deutlich später landeten Expeditionen aus Holland, Spanien und auch vom chinesischen Festland in Taiwan. Während der japanischen Kolonialzeit siedelten sich vermehrt Japanerinnen und Japaner auf Taiwan an. Zwischen der Übergabe Taiwans an die Republik China 1945 und verlorenen Bürgerkrieg 1949 siedelten etwa 2,2 Millionen Menschen vom Festland nach Taiwan über. Vor dieser Einwanderungswelle lebten auf Taiwan rund sechs Millionen Menschen. Allerdings sehen sich die Menschen auf Taiwan heute zum größten Teil nicht mehr als Chinesinnen und Chinesen. Sie haben eine taiwanische Identität entwickelt.

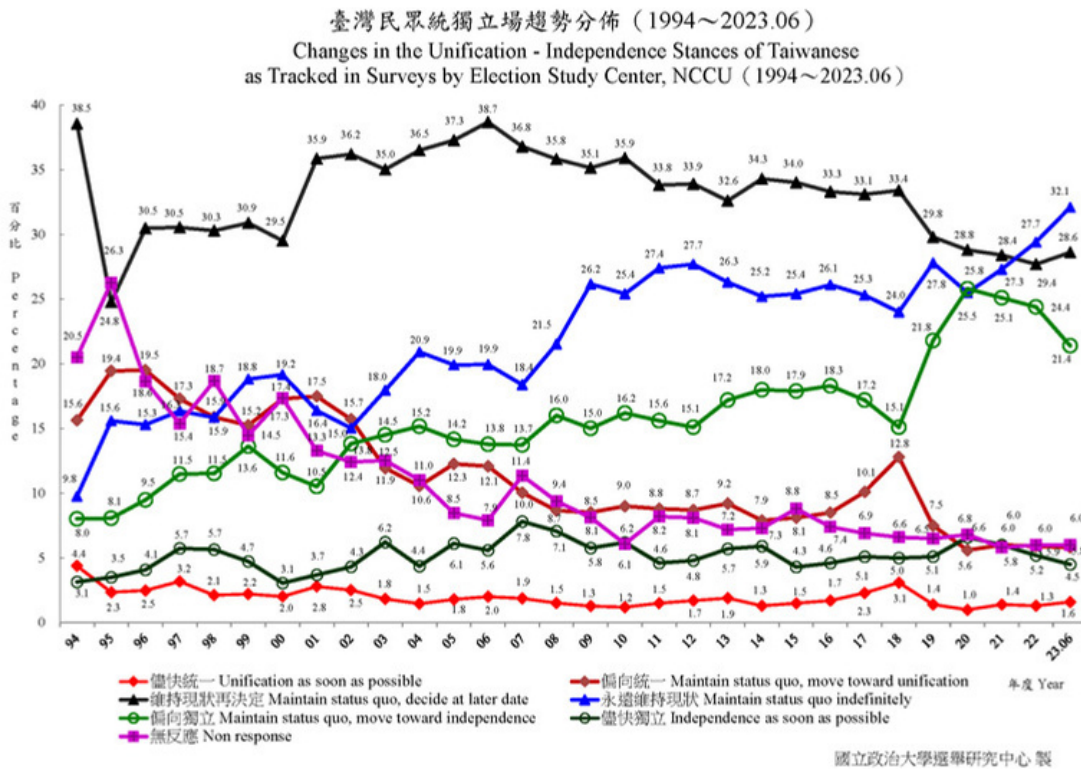
Spätestens seit der plötzlichen Einführung des sogenannten Nationalen Sicherheitsgesetzes in Hongkong stehen die Menschen in Taiwan einer Vereinigung mit der Volksrepublik noch skeptischer gegenüber. Nur knapp acht Prozent sind für eine Vereinigung. Die Mehrheit der Bevölkerung ist dafür, den Status-quo aufrecht zu erhalten, um weiterhin in einer liberalen Demokratie und einem funktionierenden Rechtsstaat leben zu können.

Grafik 3 Veränderungen in der taiwanesisch-chinesischen Identität der Taiwaner



Quelle: Election Study Center, National Chengchi University, <https://esc.nccu.edu.tw/upload/44/doc/6961/People202306.jpg>

Grafik 4 Veränderungen in den Haltungen zur Vereinigung oder Unabhängigkeit der Taiwaner



Quelle: Election Study Center, National Chengchi University, <https://esc.nccu.edu.tw/upload/44/doc/6963/Tondu202306.jpg>

Es gibt heute auf beiden Seiten der Taiwanstraße wenig gemeinsame Punkte. Das ist ein Problem für Peking, welches die Vereinigung am liebsten auf friedlichem Wege herbeiführen würde. In der Vergangenheit hat man Taiwan angeboten, man könnte nach dem Hongkonger Modell „Ein Land zwei Systeme“ Teil der Volksrepublik sein. Dieses Versprechen hat aber spätestens dann jede Attraktivität verloren, als China mit Hilfe des sogenannten Nationalen Sicherheitsgesetzes de-facto die Macht in Hongkong übernommen hat.

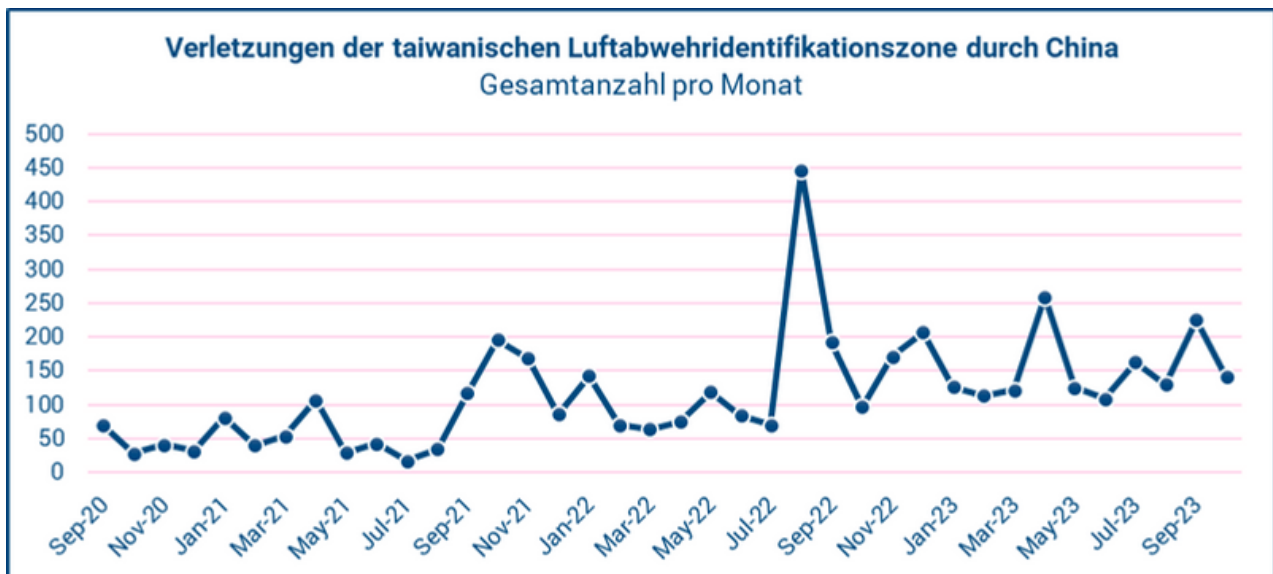
Auch aus diesem Grund hat Xi 2019 in einer Rede verkündet, dass man auch von der Anwendung von Gewalt nicht absehen würde, um Taiwan mit der Volksrepublik zu vereinen.

### Taiwan – der gefährlichste Ort der Welt ?

Der Konflikt zwischen Taipei und Peking ist nicht neu – er besteht seit dem Rückzug der Vertreter der Republik China nach Taiwan im Jahr 1949. Seitdem gab es auch kriegerische Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien. Während der ersten Taiwanstraßen-Krise eroberte China 1955 drei dem Festland vorgelagerte Inseln von Taipei. Die restlichen Inseln konnten auch mit amerikanischer Hilfe verteidigt werden. Während der zweiten Krise 1958 wurde die Insel Kinmen, die in Sichtweite der chinesischen Stadt Xiamen liegt, mit knapp 500.000 Granaten überzogen.

Was die Situation jetzt so gefährlich macht, dass der Economist Taiwan als „den gefährlichsten Ort der Welt“ bezeichnete, ist die veränderte geopolitische Lage und ein verändertes China. China hat sein Militär massiv aufgerüstet. Peking tritt insgesamt aggressiver auf und ist den amerikanischen Streitkräften nicht mehr so deutlich unterlegen wie zu Zeiten der früheren Taiwan-Krisen. Inzwischen fliegt die Luftwaffe der Chinesischen Volksbefreiungsarmee täglich in die taiwanische Luftabwehridentifikationszone AIDZ, chinesische Kampfdrohnen umrunden die Insel inzwischen. Die chinesische Marine hat nun auch östlich von Taiwan dauerhaft Kriegsschiffe stationiert.

### Grafik 5 Verletzungen der taiwanischen Luftabwehridentifikationszone durch China



Quelle: Gerald C. Brown, Benjamin Lewis, Alex Kung, Taiwan ADIZ Violations Database, 2023,  
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1qbfYF0VgDBJoFZN5elpZwNTiKZ4nvCUcs5a7oYwm52g/edit?usp=sharing>

Xi Jinping hat in der Volksrepublik jahrelang Nationalismus geschürt, um von innenpolitischen Krisen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten abzulenken. Die Taiwan Frage war ein wichtiger Teil davon. Der geweckte nationalistische Furor setzt die KPCh nun unter Druck. Das zeigte sich beispielsweise in der Reaktion vieler Chinesinnen und Chinesen auf die Landung von Nancy Pelosi in Taipei im August 2022: Viele Menschen in der Volksrepublik waren in höchstem Maße darüber empört, dass die chinesische Regierung es zugelassen hat, dass Frau Pelosi unbeschadet in Taipei landen konnte.

Peking steht unter selbstgemachtem Zugzwang. Taipei wird zunehmend öffentlich von den USA unterstützt. Washington drängt Japan, Südkorea und weitere Alliierte dazu, sich ebenfalls auf Taiwans Seite zu stellen. Während die deutsche Fregatte Bayern Taiwan und die Taiwanstraße großräumig umfahren hat, führen in den vergangenen Jahren wiederholt britische, französische und kanadische Marineschiffe durch die Taiwanstraße. Dies löste jeweils Protest aus Peking aus, welches die Taiwanstraße als chinesisches Binnengewässer betrachtet. Und so kristallisieren sich zwei internationale Fronten heraus, die sich im Falle eines Krieges um Taiwan gegenüberstehen könnten: Taipei, die USA sowie amerikanische Alliierte gegenüber Peking, Moskau und vielleicht auch Nordkorea.

Sollte Peking Taipei nicht angreifen, sondern „nur“ eine Blockade verhängen und die Insel abriegeln, hätte das verheerende Folgen. Globale Lieferketten würden unterbrochen, und die taiwanischen Chips auf die die Weltwirtschaft angewiesen ist, kämen nicht mehr zu den Abnehmern. Die weltweiten Kosten dafür werden auf rund 3 Billionen US-Dollar geschätzt. Der unweigerlich folgende Wirtschaftseinbruch würde Gesellschaften weltweit in Instabilität und Schwierigkeiten stürzen.

### 5. Empfehlungen für Deutschland und EU

#### Wertepartner unterstützen und Spielräume besser nutzen

Für "Mittelmächte" wie Deutschland ist es von grundlegendem Interesse, dass sich große Staaten wie China an internationale Regeln halten und nicht gewaltsam den Status quo verändern oder kleinere Akteure einschüchtern. Mit Südkorea, Japan und Taiwan liegen drei Demokratien im Ostchinesischen Meer, die demokratische und rechtsstaatliche Grundwerte mit der Europäischen Union teilen und sich für eine regelbasierte Weltordnung einsetzen. Seeblockaden oder gar ein Krieg im Ostchinesischen Meer würden zudem zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen führen. Ein militärisches Engagement im Ostchinesischen Meer analog zu dem der USA ist nicht realistisch. Die EU und Deutschland sollten aber in allen internationalen Foren und Plattformen fest an der Seite der bedrohten Wertepartner stehen und bei anderen Staaten für eine Ächtung der chinesischen Drohungen werben. Darüber hinaus sollten Deutschland und die EU die bestehenden Spielräume im Umgang mit Taiwan besser nutzen. Mit dem ersten Ministerbesuch von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger seit 25 Jahren hat Deutschland einen ersten Schritt in diese Richtung getan. Gerade in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft gibt es viele Möglichkeiten für eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Taiwan und der EU und Deutschland, die unterhalb der Schwelle der staatlichen Anerkennung liegen.

#### Abhängigkeit von China reduzieren

Europa und Deutschland müssen unabhängiger von China werden. Es muss sichergestellt sein, dass Deutschland im Falle eines Krieges im Ostchinesischen Meer wichtige Rohstoffe und Vorprodukte aus anderen Weltgegenden beziehen könnte. Zudem: desto unabhängiger Europa und Deutschland von China werden, desto deutlicher können sie gegenüber der Volksrepublik auf die Einhaltung internationaler Regeln pochen. Deutschland und die EU-Kommission haben dies erkannt und planen, die Abhängigkeit von China zu reduzieren. Um dies zu erreichen sollte Europa seine Absatzmärkte und Lieferketten schneller diversifizieren und Freihandelsabkommen mit anderen Schwellenländern zügiger vorantreiben.



### Über die Autoren



#### **Anna Marti**

Anna Marti hat den Global Innovation Hub der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Taipei aufgebaut und leitet das Büro. Sie ist außerdem verantwortlich für das China Bulletin der Stiftung. Anna Marti hat am der Universität Passau Kulturraum- Sprach- und Wirtschaftsstudien mit Schwerpunkt Südostasien studiert, und hat einen Master in Politik und Gesellschaft Ostasiens mit Schwerpunkt China und Sicherheitspolitik von der Universität Tübingen. Nach Stationen bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit giz und dem United Nations Regional Center for Peace and Disarmament in Asia and the Pacific in Nepal und Bangkok, kam sie 2016 zur Stiftung, zuerst als Asienreferentin und später als Themenmanagerin Global Innovation and Digitalization.



#### **Frederic Spohr**

Frederic Spohr leitet das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Seoul und verantwortet die Projekte der Stiftung in Nord- und Südkorea. Zuvor leitete er die Projekte in Thailand und Myanmar von Bangkok aus. Frederic Spohr erlangte sein Diplom der Politikwissenschaften an der Universität zu Köln und absolvierte die Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft. Vor seinem Wechsel zur Stiftung berichtete er als Korrespondent für das Handelsblatt aus Südostasien und Indien. Twitter/X: @fspohr



#### **Jan-Hendrik Kiefer**

Jan-Hendrik Kiefer absolvierte ein Praktikum bei der Friedrich-Naumann Stiftung in Seoul und ist Master-Student der Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr in München.

## Über die Friedrich-Naumann-Stiftung Südost- und Ostasien

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) fördert Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftliche Freiheit und unterstützt die Eindämmung des Klimawandels. In Südost und Ostasien haben wir Büros in Bangkok, Hanoi, Jakarta, Manila, Seoul, Taipei und Yangon. Wir arbeiten auch in Malaysia. Als politische Stiftung kooperieren wir mit lokalen sowie internationalen Partnerorganisationen. Wir organisieren Workshops, bieten eine Plattform für Dialoge und ermöglichen Menschen eine Teilnahme an Kursen in der Stiftungsakademie in Deutschland.

---

## Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)  
Bereich Internationale Politik  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

